

## GRÜNE UND FPÖ WOLLEN ANDERE ENERGIEPOLITIK

MEHR UNABHÄNGIGKEIT DURCH ALTERNATIVE ENERGIE SEI EIN WESENTLICHER BESTANDTEIL ZUM ANKURBELN DER KONJUNKTUR.

*Kurier, 28.9.2008*

Anlässlich des "Konjunkturgipfels" von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein die Grünen und die FPÖ ihre wirtschaftspolitischen Forderungen erhoben. Im Zentrum jeder staatlichen Konjunkturpolitik müsse eine neue Energiepolitik und die Entlastung des Faktors Arbeit stehen, erklärte der Bundessprecher der Grünen, Alexander Van der Bellen. FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl kritisierte, dass die Bundesregierung durch "passives Verhalten" den Ölmultis in die Hände spiele und der Steuerzahler dafür bestraft werde.

### "Raus aus Öl und Gas"

"Der Sprung auf den Ölmärkten (siehe Hintergrund) um knapp 25 Dollar auf 130 Dollar am gestrigen Tag zeigt, dass die Abhängigkeit vom Öl endlich beendet werden muss. 60 Prozent der Teuerung gehen auf das Konto der steigenden Energiepreise. Wir müssen raus aus Öl und Gas", so Van der Bellen. So könnten die Lebenshaltungskosten langfristig gesenkt werden. Zusätzlich bringe ein Umstieg auf Wind-, Solarenergie und Wasserkraft gepaart mit einer Initiative bei Wärmedämmung und Energiesparen massive Impulse für die Wirtschaft. Weiters müsse die Lohn- und Einkommenssteuer gesenkt werden, um die Nachfrage anzukurbeln, forderte der Grüne.

Der Wirtschaftssprecher der FPÖ ortet insbesondere bei Bartenstein Untätigkeit angesichts der riesigen Schwankungen des Ölpreises. Der extreme Ölpreisanstieg am gestrigen Handelstag sei ein Zeichen, dass "Spekulanten ihr Unwesen treiben", so Themessl. Den Ölmultis und der OMV sei jede Ausrede willkommen, um die Preise an den Zapfsäulen nicht zu senken. "Bartenstein unternimmt nichts, um den Verdacht der Preisabsprachen zwischen den Ölkonzernen aufzuklären", so der freiheitliche Abgeordnete.